

# Ökonomische Bildung – Quo Vadis?

Von Christian Schäfer und Michael Fritzsche

Die Weltwirtschaftskrise 2009 hat die Schwächen unseres Finanz- und Geldsystems aufgedeckt und mittlerweile machen sich einige Ökonomen und Wirtschaftswissenschaftler daran, alternative Modelle zu diskutieren. Weiterhin begegnen uns Phänomene, die immer mehr einer breiten Masse der Öffentlichkeit auffallen und Denkanstöße geben, ob unsere Wirtschaftsordnung wirklich noch reell das darstellt, was in der Theorie der Wirtschaftswissenschaften vermittelt wird. Beispielsweise senkte die schwedische Nationalbank ihre Einlagenzinsen<sup>1</sup> unter die „magische Null“ und brach damit ein Tabu, oder Banken, die sich nicht am Spiel des entfesselten Kapitalismus beteiligten, scheinen die Krise besser zu verkraften. Insbesondere zählen hierzu Banken mit islamischen Geschäftsgebaren oder strikten ethischen Anlagegrundsätzen.<sup>2</sup>

*"Jeder Bürger unseres Staates muss um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil fähig sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität uns aufgegeben ist!"*

Ludwig Erhard 1962

Ein grundlegendes Kriterium, diese Signale verstehen und reflektieren zu können, ist ein gewisser Wissensbestand *über* Ökonomie. Dieser Wissensbestand ist bei vielen Bürgern jedoch unzureichend, da wirtschaftliche Lehrinhalte entweder gar nicht oder nur sehr ungenügend in der (schulischen) Ausbildung zum Tragen kamen. Erst 2009 veranlasste die KMK (Kultusministerkonferenz der Länder) die Verankerung ökonomischer Bildungsinhalte an den Schulen. Dennoch sind die bisherigen Realisierungen ökonomischer Bildungsinhalte allenfalls ein guter Anfang, denn insgesamt steckt die Etablierung der ökonomischen Bildung in den Lehrplänen in Deutschland immer noch in den Kinderschuhen.<sup>3</sup>

Der momentane Stand ökonomischer Bildung behandelt zum Beispiel lediglich zwei mögliche Ausprägungen einer Wirtschaftsordnung – *die Planwirtschaft* und die *freie bzw. soziale Marktwirtschaft*. Diese Ausprägungen werden als theoretische Konstrukte vorausgesetzt und von ihnen alle weiteren Erscheinungen in einem Wirtschaftssystem abgeleitet, was scheinbar zur Folge hat, dass theoretische Inhalte auch in der Realität als gegeben und unveränderlich angenommen werden. Dementsprechend scheint das TINA-Prinzip („There’s no alternative!“; Pierre Bourdieu) nicht nur in der Politik, sondern ebenso in der Praxis des (wirtschaftlichen) Unterrichts begeisterte Anwendung zu finden. So wird dann beispielsweise in der Schule gelehrt, dass die soziale Marktwirtschaft der Gefahr von Instabilitäten ausgesetzt ist und Inflation oder Krisen<sup>4</sup> „ganz nor-



*male*“ Merkmale des hiesigen Wirtschaftssystems sind. Es erfolgt somit eine Vermittlung von Ökonomie in der Gestalt einer *Naturwissenschaft*, deren Tenor es ist, dass Krisen zu einer Wirtschaft wie der Donner zum Blitz gehören und nicht einer Gesellschaftswissenschaft.

Das **Kernproblem** liegt darin, dass die Annahmen über die Wirtschaftsordnung als Handlungsrahmen nicht in Frage gestellt, sondern als gegeben vermittelt werden. Diesen Missstand gilt es innerhalb der ökonomischen Bildung zu beseitigen. Daher sollten Wirtschaftsordnungen als Verabredung zwischen Mitgliedern einer Gesellschaft und nicht als unveränderliche Annahmen vermittelt werden.

Erst durch diesen Schritt, der *Infragestellung* der Annahmen, kann ein ausreichendes Reflexionsvermögen bei den Bürgern erzeugt werden. Dass dieser Schritt jedoch politisch noch keinen Rückhalt findet, erkennt man objektiv an der Verabschiedung des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“. Eine solche Vorgehensweise auf politischer Ebene kann somit das Vermitteln ökonomischer Bildungsinhalte in naturwissenschaftlicher Gestalt nur verstärken statt reflektierende Betrachtungsweisen zu fördern. Durch eine Omnipräsenz dieser Aspekte, besonders gestärkt durch die Medien, wird die Perspektive vorgegeben und auf informellem Wege erlernt. Ganz zu schweigen von den ökonomisch induzierten Transformationsprozessen in der Kultur sowie in den Traditionen und Werten.

Eine breite Diskussion hierüber, ob der Mangel im System selbst stecke, wurde von den Massenmedien bisher systematisch ausgeblendet, obwohl diese Diskussion bereits schon einige Jahre im wissenschaftlichen Bereich stattfindet (Prof. Joseph E. Stiglitz, Prof. Bernd Senf, Prof. Joseph Huber, Prof. Meinhard Miegel u.v.m.). Getreu dem Wissenschaftsprinzip – dem Schule unterstellt sein sollte – plädieren wir für eine Aufnahme dieser Diskussion in den schulischen Kontext. Es gilt hierbei eine „Kehrtwende“ einzuleiten bzw. zu stärken und Impulse dahingehend zu setzen, dass ökonomische Bildung kontrovers und inter-

disziplinär vermittelt wird, so wie es in der politischen Bildung bereits seit Jahren Usus ist. So sollte die momentane Krise dazu genutzt werden, sie als Chance zu begreifen und fundamentale systemische Strukturen und Mechanismen zu hinterfragen. Kindern und Jugendlichen dürfte dieser Prozess sogar besser gelingen als Erwachsenen, da ihre Wirklichkeitskonstruktionen noch im Aufbau begriffen sind.

*„Meist neigen wir dazu, „mehr desselben“ zur Lösung eines Problems zu verwenden, anstatt die gesamte Situation neu zu bewerten. So werden Krankheiten mit immer mehr Medikamenten behandelt, Erziehungsprobleme sollen durch immer längere Beschulungen gelöst werden. Frieden soll durch immer modernere Waffen gesichert werden. Der Verkehrskollaps soll durch immer breitere Autobahnen hinausgezögert werden.“<sup>5</sup>*

Die Verabschiedung eines Wachstumsbeschleunigungsgesetzes scheint genau diesem Handlungsmuster Rechnung zu tragen. Wieso? Auch hier führt Horst Siebert interessante Erkenntnisse an: So führt das Überdenken des eigenen Weltbildes mit den entsprechenden Lernprozessen zu Irritationen und ist anstrengend. Folge hiervon sind nicht selten psychohygienische Verunsicherungen, so dass Störungen des Gleichgewichtes und Widersprüche der Wirklichkeitskonstruktionen oft ignoriert, verdrängt oder bagatellisiert werden.<sup>6</sup> Angesichts dessen kann man davon ausgehen, dass das Überdenken von Wirtschaftssystemen – wie sie bisher vermittelt wurden – auf große Barrieren stoßen wird. Dennoch besteht die Notwendigkeit, das eigene Handeln infrage zu stellen, wenn wir ernsthaft am Erhalt unserer bisherigen Lebensumstände interessiert sind.

Ein weiterer wichtiger Grund, warum Wirtschaft als Verabredung zwischen Menschen innerhalb einer Gesellschaft vermittelt werden muss, liegt in unserer Gesellschaftsstruktur, welche von Heterogenität geprägt ist. So kennzeichnet die meisten westlichen Gesellschaften eine Vielfalt ethnischer Gruppen, deren unterschiedliche Bedürfnisse durch ein etabliertes Wirtschaftssystem befriedigt werden sollen bzw. wollen. Nun dürfte kein Geheimnis gelüftet werden, >



wenn gesagt wird, dass verschiedene ethnische Gruppen ihrem jeweiligen Verständnis wirtschaftlicher Sachverhalte – geprägt durch deren Kultur – unterschiedliche Perspektiven beimessen. Am Beispiel von Muslimen wird dies deutlich, da im Islam das Zinsverbot fest verankert ist und gelebt wird, während dies nach unserem Wirtschaftssystem nicht vorgesehen ist.<sup>7</sup> Somit ist klar, dass auch innerhalb eines Gesellschaftssystems unterschiedliche Auffassungen von Wirtschaft existieren und gelebt werden wollen. Dies verdeutlicht nochmals aus anderer Sicht, dass die Rahmenbedingungen eines Wirtschaftssystems der kontroversen Vermittlung innerhalb der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bildung bedürfen.

Abschließend kann gesagt werden, dass sich immerhin schon darüber verständigt wurde, ob ökonomische Bildung in einen schulischen Kontext gehört, jedoch besteht für das „Wie?“ ein hoher Diskussions- und auch Handlungsbedarf. So sei der Appell an alle Lehrende der Ökonomie und/oder Gesellschaftskunde gerichtet, sich neue Denkweisen einzugestehen und diese bei den Lernenden zu aktivieren sowie die Prinzipien „Interdisziplinarität und Kontroversität“ zu verinnerlichen, selbst wenn sie Gefahr laufen, hierfür von Verfechtern, die ein *marktaffines* Unterrichtsfach „Ökonomie“ bevorzugen, diffamiert zu werden.<sup>8</sup> So darf es innerhalb des Unterrichtsgeschehens nicht darum gehen, Meinungen und Ideologien der Ökonomie zu verhärten, sondern Urteile und Kontroversen ihrer Erscheinungen zu diskutieren. So schließen wir uns der Meinung von Dirk Lange an, dass zukünftig ein Unterricht **über** die Wirtschaft bzw. wirtschaftliche Sachverhalte und **nicht für** die Wirtschaft stattfinden muss.<sup>9</sup> Dieser Artikel versteht sich daher als Aufruf, den o.g. Diskussions- und Handlungsbedarf einzuleiten, denn Ökonomie besteht aus mehr als den theoretischen Axiomen, die uns derzeit die wirtschaftliche Realität begreiflich machen sollen. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1 Vgl. Scheffer, Mareike; Schrörs, Mark: Gilt-Renditen auf Talfahrt. In: [ftd.de](http://ftd.de) vom 15.09.2009.
- 2 Vgl. Volkery, Carsten: Mit Allahs Hilfe durch die Krise. In: [spiegel-online.de](http://spiegel-online.de) vom 02.05.2009.
- 3 Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaftliche Bildung an allgemein bildenden Schulen – Bericht der Kultusministerkonferenz vom 19.10.2001 i.d.F. vom 27.06.2008, Bonn 2008, S.7 sowie Aschenbrücker, Karin, Ökonomische Bildung und Kompetenz im allgemein bildenden Unterricht, in: Weißeno, Georg (Hrsg.), Politik und Wirtschaft unterrichten, 1. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 161 – 173, S. 165.
- 4 „Vgl. Stoffkategorien nach Kruber: Seeber, Günther In: Weißeno, Georg (Hrsg.), Politik und Wirtschaft unterrichten, 1. Aufl., Wiesbaden 2006, S.179.“
- 5 Siebert, Horst, Lernen als Konstruktion von Lebenswelten. Entwurf einer konstruktivistischen Didaktik, Frankfurt/ Main 1994, S. 52.
- 6 Vgl. ebd., S. 52f.
- 7 Vgl. Ashrati, Mustafa, Islamic Banking. Wertevorstellungen – Finanzprodukte – Potenziale, Frankfurt/ Main 2008, S. 1; sowie diverse Kapitel des Bandes.
- 8 Vgl. Kaminski, Hans, Wie viel Politik braucht die ökonomische Bildung?, in: Weißeno, Georg (Hrsg.), Politik und Wirtschaft unterrichten, 1. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 144 – 160, S. 144ff.
- 9 Vgl. Lange, Dirk, Markierungen zum Selbstverständnis der DVPB, in: POLIS, Heft 2 (2009), S. 26.



#### Zu den Autoren:

Wir beide sind angehende Diplom-Handelslehrer am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik bei Prof. Dr. Holger Reinisch an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

#### Christian Schäfer (Jahrgang 1978)

Gelernter Versicherungskaufmann und von 1998-2005 in der Finanzdienstleistungsbranche tätig (zunächst IHK-Ausbildung, danach selbstständiger Versicherungsmakler nach HGB §93), Studienschwerpunkte: VWL, Politik, Soziologie; Mitglied der Deutschen Vereinigung politische Bildung Thüringen.

#### Michael Fritzsche (Jahrgang 1987):

Seit 2008 freier Dozent bei verschiedenen Bildungsträgern für die Fächer Wirtschaftslehre und Mathematik, Studienschwerpunkte: Organisation, Personalführung, Mathematik.